



LBBW Research | Cross-Asset- und Strategy-Research

Ambitionierter Koalitionsvertrag unter fiskalischem Vorbehalt

01	Bürokratie	S. 4
02	Digitalisierung	S. 6
03	Transformation	S. 8
04	Kommunale Finanzen	S. 10
05	Wohnen	S. 12
06	Integration	S. 14
07	Bildung	S. 16
08	Start-up-Förderung	S. 18
09	Fazit	S. 20

Dr. Moritz Kraemer
Chefvolkswirt und Leiter Research
+49 711 127-73462
Moritz.Kraemer@LBBW.de

LBBWResearch@LBBW.de
www.LBBW.de/Research

In aller Kürze:

- Die grün-schwarze Koalition in Baden-Württemberg richtet den Fokus ihrer Pläne eindeutig auf die Wirtschaft.
- Vor allem bei den Themen Bürokratieabbau und Digitalisierung starten Grüne und CDU ambitioniert.
- Der generelle Haushaltsvorbehalt könnte so manchen begrüßenswerten Plan vereiteln.

Einleitung

Es gab schon Phasen, in denen es eine freudvollere Aufgabe war, Baden-Württemberg zu regieren. Denn die Zeiten, in denen das südwestlichste Bundesland Deutschlands Vorbild und Zugpferd war, sind in vielerlei Hinsicht fürs Erste vorbei. Im Vorfeld der Wahlen unkten manche gar, the Länd sei auf dem Weg, das neue Ruhrgebiet zu werden, Stuttgart zum neuen Detroit – jener US-Stadt, die einst Zentrum der amerikanischen Autoindustrie war und ab den Achtzigerjahren einen beispiellosen Niedergang erlebte.

Als stark vom produzierenden Gewerbe und vom Mittelstand geprägter Flächenstaat hat Baden-Württemberg lange Zeit von florierenden Exporten und insbesondere seiner starken Autoindustrie und deren Zulieferern profitiert. Sattete 38 % beträgt der Anteil des produzierenden Gewerbes, das neben dem verarbeitenden Gewerbe auch die Bereiche Bau und Energie- und Wasserversorgung umfasst, an der baden-württembergischen Bruttowertschöpfung – das ist in etwa das Niveau Chinas und deutlich mehr als der bundesdeutsche Durchschnitt (29 %) und erst recht als der europäische (25 %). Die Folgen der geopolitischen Unsicherheit, der Transformation und der ungestümen Entwicklung von Technologien der Künstlichen Intelligenz (KI) treffen gerade diesen Bereich der Wirtschaft massiv. Trumps erratische Zollpolitik, der Irankrieg mit seinen Folgen nicht nur für Energiepreise sowie die extreme Konkurrenz aus China, das die europäischen Märkte mit seinen Waren flutet – all dem sind baden-württembergische Unternehmen ganz besonders ausgesetzt. Baden-Württembergs Wachstum entwickelt sich schlechter als das des Bundesdurchschnitts (siehe Abb. 2).

Seit Mitte 2021 tendierte der [Geschäftsklimaindikator](#) für Baden-Württemberg ins Negative – bis auf zwei fragile Erholungsphasen 2023 und 2025. Im ersten Quartal 2026 hat er erneut nachgegeben und spiegelt damit vor allem die pessimistische Erwartung vieler Unternehmen wider.

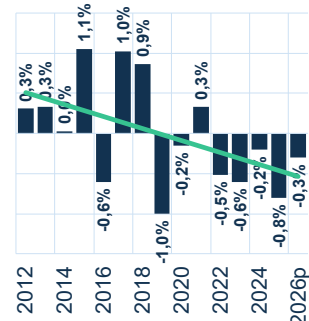
Zugleich haben zahlreiche Südwest-Unternehmen in den vergangenen Monaten Stellenstreichungen angekündigt. Darunter auch Konzerne wie Bosch, Mercedes-Benz, ZF und Porsche. In Summe könnte es landesweit um eine sechsstellige Zahl von Industriearbeitsplätzen gehen, die in diesem Jahr wegfallen werden. Die Arbeitslosenquote steigt im Land bereits seit geraumer Zeit an: Lag sie im Jahresdurchschnitt 2022 noch bei 3,5 Prozent, so waren es 2025 4,6 Prozent. Die übliche Frühjahrsbelegung am Arbeitsmarkt bleibt in diesem Jahr bisher aus.

Und auch die Aussichten sind nicht wirklich rosig. Zwar liegen dem aktuellen Regional-Ranking des Instituts der Deutschen Wirtschaft in Köln (IW) zufolge 47 der 62 erfolgreichsten Regionen Deutschlands in Bayern und Baden-Württemberg. Doch während Baden-Württemberg heute ein Drittel weniger starke Regionen in den Top 100 hat als noch 2016, konnte Bayern die Anzahl von 53 auf 58 noch weiter erhöhen. Und es

Eva Drews

Fundamental Analyst
+49 711 127-46137
Eva.Drews@LBBW.de

Abb. 2: BIP Wachstumsraten: Baden-Württemberg minus Deutschland (2012-26, mit Trendlinie)

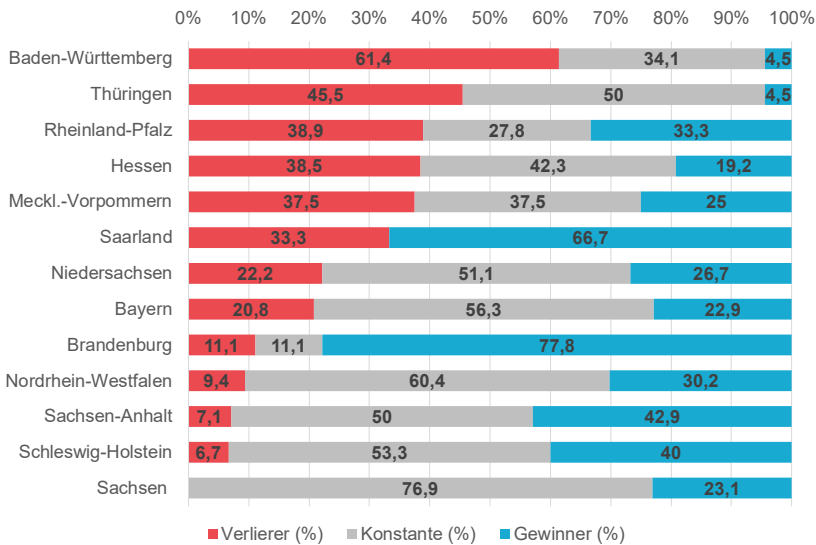


Quelle: Statistisches Landesamt, LBBW Research

Arbeitslosigkeit nimmt zu

ist noch schlimmer: Kein Bundesland hat derzeit so viele Verliererregionen zu verzeichnen wie der deutsche Südwesten (siehe Abb. 1).

Abb. 1: Gewinner- und Verliererregionen im IW-Regional-Ranking in %, ohne Stadtstaaten



Verlierer: Regionen, die zwischen 2016 und 2026 mindestens 25 Plätze verloren haben, Konstante: Regionen, die weniger als 25 Plätze verloren und weniger als 25 Plätze gewonnen haben, Gewinner: Regionen, die mindestens 25 Plätze aufgestiegen sind. Quelle: Spiegel online, IW Consult, LBBW Research

Der Wirtschaft macht ein ganzer Strauß von Problemen zu schaffen: beginnend bei der auch im Südwesten florierenden Bürokratie- und Regelungswut über bildungspolitische und gesellschaftliche Herausforderungen bis hin zu transformatorischen Notwendigkeiten.

Die neue grün-schwarze Landesregierung mit ihrem Ministerpräsidenten Cem Özdemir an der Spitze hat ein umfangreiches Pflichtenheft abzarbeiten – und das angesichts knapper Kassen. Anders als die Bundesregierung hält das Land bislang am Verbot einer strukturellen Nettokreditaufnahme fest.

Das LBBW Research hat den Koalitionsvertrag von Bündnis 90/Grünen und CDU unter die Lupe genommen. Wir haben uns dabei auf Bereiche beschränkt, die sich negativ auf das Wirtschaften im Land auswirken und auf die eine Landesregierung nennenswerten Einfluss nehmen kann. Wir sind dabei auf einige vielversprechende Ansätze gestoßen, die vielleicht sogar bundesweit Schule machen könnten. Bauen kann die grün-schwarze Landesregierung dabei auf etliche Stärken des Landes. Baden-Württemberg ist beispielsweise europaweit führend bei Investitionen in Forschung und Entwicklung und in der Fläche Vorreiter beim Thema Digitalisierung. Es zeigt sich aber auch, dass die neue Landesregierung aufpassen muss, sich nicht zu verzetteln. Und dass sie Gefahr läuft, mehr zu versprechen, als sie letztlich halten kann.

Führend bei Verliererregionen

Strukturelle Nettokreditaufnahme bleibt im Land untersagt

Bürokratieabbau

Papierkram adé!

Status quo

Die Regulierungsdichte in [Deutschland](#) und in Baden-Württemberg ist ein gigantischer Hemmschuh für Unternehmen und Privatpersonen. Aus Sicht der [Unternehmen](#) steht Bürokratieabbau ganz oben auf der Liste mit Wünschen, was die Politik verbessern soll. Laut Umfrage der [IHK Stuttgart](#) ist die Bürokratie der zentrale Bremsklotz für die Unternehmen in der Region. Besonders kritisch bewerten die Unternehmen den steigenden administrativen Aufwand. 51 % klagen über komplexe Genehmigungsverfahren, Exportkontrollen und Dokumentationspflichten; 46 % über umfangreiche Berichtspflichten entlang der Lieferketten und 35 % über neue Verpackungsvorgaben.

Zwar ist eine Trendwende beim Erfüllungsaufwand zu erkennen, der [Belastungsberg](#) ist auf Bundes- und Länderebene aber weiter hoch. Die Landesregierung hat sich daher schon seit längerem zum Ziel gesetzt, die Verwaltung zeitgemäß zu modernisieren. Dazu hat sie im Jahr 2019 das Arbeitsprogramm Bürokratieabbau vorgelegt, das bereits auf verschiedenen Ebenen Vereinfachungen erbracht hat. 2023 hat Grün-Schwarz die Entlastungsallianz ins Leben gerufen und den Normenkontrollrat Baden-Württemberg weiterentwickelt. Zusätzlich brachte die Koalition im selben Jahr einen Plan für die Transformation der Verwaltung auf den Weg, der dabei helfen soll, unnötige Bürokratie gar nicht erst entstehen zu lassen. Ein Beispiel dafür ist die Einführung der E-Akte BW, wodurch Behörden teilweise auf Papierakten verzichten können. Mit diesen Maßnahmen hat das Land bereits einige Verbesserungen erreicht.

Auch in Baden-Württemberg sind in Folge dieser Maßnahmen Fortschritte beim Abbau des Erfüllungsaufwands zu konstatieren: Die Landesregierung hat Berichts- und Dokumentationspflichten reduziert und unnötige Schriftformerfordernisse abgeschafft. Die Kommunen stellen fleißig Anträge nach dem Regelungsbefreiungsgesetz, um alternative Formen der Aufgabenerledigung zu erproben. Die Bundeswehr wird bei Bauvorhaben künftig ganz von landesrechtlichen Regelungen befreit. Das sind laut dem [Normenkontrollrat](#) des Landes alles Schritte in die richtige Richtung. Der Rat plädiert an die Landesregierung und Gesetzgeber, mehr Freiräume für flexible Lösungen vor Ort zu schaffen. „Weglassen, vereinfachen, digitalisieren“ muss in Zukunft das Motto sein. Insbesondere braucht es eine entschlossene Reform des Förderwesens des Landes Baden-Württemberg. Und Bürokratieabbau muss Chefsache sein.

Was sagt der Koalitionsvertrag zu diesem Thema?

Der Koalitionsvertrag räumt dem Thema Bürokratieabbau eine hohe Priorität ein und sieht seine Umsetzung in nahezu allen Bereichen staatlichen Handelns vor. Zentral ist dabei das sogenannte Effizienzgesetz, das die neue Landesregierung „direkt am Anfang der Legislaturperiode“ erlassen will. Etwas Vergleichbares gibt es bislang noch in keinem anderen Bundesland. Es soll festlegen, dass alle im Land bestehenden Berichts-, Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten Ende 2027 automatisch auslaufen werden. Jede Pflicht, die das Land beibehalten will,

Dr. Guido Zimmermann
Senior Economist
+49 711 127-71640
Guido.Zimmermann@LBBW.de

Eva Drews
Fundamentalanalystin
+49 711 127-46137
Eva.Drews@LBBW.de

Martin Fink
Research Associate
Martin.Fink@LBBW.de

Jacqueline Jörg
Research Associate
Jacqueline.Joerg@LBBW.de

Bürokratie hemmt die Wirtschaft

Trendwende, aber hoher Belastungsberg

Weiterhin erheblicher Handlungsbedarf

Effizienzgesetz soll Pflichten radikal reduzieren

müsste es also neu beschließen. „Damit kehren wir die Begründungspflicht um“, heißt es in dem Vertrag. Neue Pflichten sollen künftig nur noch befristet für fünf Jahre eingeführt werden können.

Für jede neue Belastung will die neue Landesregierung zwei bestehende – möglichst im gleichen Regelungskreis – streichen. Statt „One-in, one-out“ wie bisher, soll künftig also „One-in, two-out“ gelten. Außerdem will Grün-Schwarz der Übererfüllung von EU- und Bundesrecht („Gold Plating“) einen Riegel vorschieben und dazu ein „Anti-Gold-Plating-Gesetz“ erlassen, mit dem die Koalition eine Begründungspflicht für Ausnahmen einführen will. Bereits erlassene Gesetze sollen auf rückgängig zu machendes Gold-Plating überprüft werden. Auch staatlichen Überwachungspflichten soll es an den Kragen gehen. „Künftig setzen wir konsequent auf eine digitale, risikobasierte Aufsicht anstelle pauschaler und anlassloser Kontrollen“, heißt es im Koalitionsvertrag.

Genehmigungsverfahren will Grün-Schwarz soweit möglich abschaffen oder in Anzeigepflichten umwandeln. Bei Beibehaltung gilt ein vollständiger Antrag nach Ablauf einer Frist automatisch als genehmigt, sofern nicht anders geregelt. Projekte mit besonderer Bedeutung für Arbeitsplätze, wirtschaftliche und industrielle Entwicklung, Energieversorgung und Infrastruktur sollen künftig Priorität genießen.

Bei neuer Rechtsetzung sollen Umsetzungs- und Erfüllungsaufwand sowie etwaige Folgerechtsetzung möglichst gering bleiben. So soll künftig beispielsweise eine E-Mail der Schriftform genügen, wenn nicht im Einzelfall etwas anderes geregelt ist. Künftig sollen Gesetze von vornherein so klar formuliert werden, dass möglichst wenig klarstellende Folge-Rechtsetzungen erforderlich sind. Prozesse, Formulare und Bescheide sollen intuitiv und einfach verständlich sein. Zudem streben die Koalitionäre eine landeseinheitliche Auslegung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) an. Unternehmensbezogene Verwaltungsleistungen sollen vollständig digital erbracht und Förderprogramme durch vereinfachte, vertrauensbasierte und transparente Verfahren entbürokratisiert werden. Standardanträge sollen möglichst gebündelt und automatisiert bearbeitet werden.

Wie ist der Koalitionsvertrag zu bewerten?

Vor allem das geplante Effizienzgesetz ist ein mutiger und innovativer Schritt, der das Land in Sachen Bürokratiebekämpfung enorm voranbringen könnte. Ähnliches gilt für die schon lange und vielfach geforderte Umsetzung einer „One-in, two-out“-Regelung und den Verzicht auf eine Übererfüllung von EU- oder Bundesvorschriften (Gold-Plating). Kommt all dies wie von den Koalitionären geplant, könnte sich Baden-Württemberg zum Musterland des Bürokratieabbaus entwickeln. Nun kommt es auf eine energische Umsetzung der ambitionierten Pläne an.

Einen Strich durch die Rechnung könnte der Landesregierung machen, dass für so grundlegende Kursänderungen – ähnlich wie beim Thema Digitalisierung – auch Änderungen der Verwaltungskultur und des Mindsets nötig sind. Dessen ist sich die Koalition offenbar bewusst: Wohl nicht umsonst steht auf Seite 11 des Koalitionsvertrages unter der Überschrift „Verwaltungsmodernisierung beginnt in den Köpfen“, die Verwaltung müsse zu einer Dienstleistungskultur finden – „weg vom ‚nein, weil...‘ hin zum ‚ja, wenn...‘“.

Vermeidung von „Gold Plating“

Erfüllung soll einfacher werden

Ambitionierte Pläne harren der Umsetzung

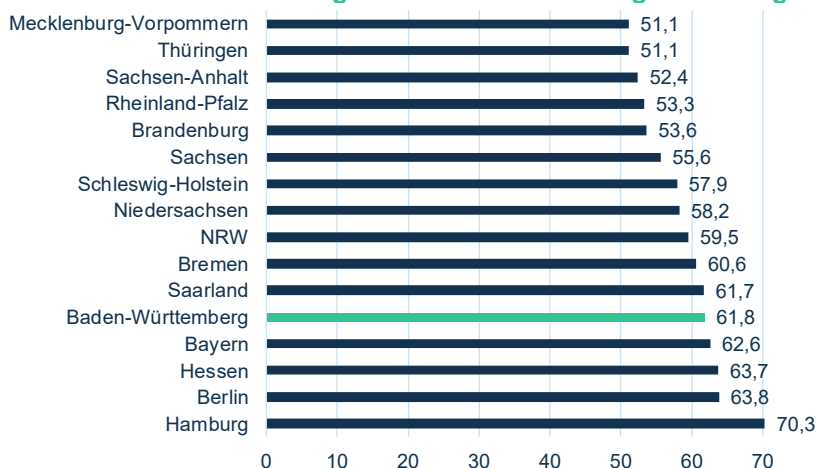
Digitalisierung

Fokus auf das Wesentliche!

Der Stand der Dinge

Bei der Digitalisierung hapert es in Deutschland bekanntlich gewaltig, insbesondere in der [öffentlichen Verwaltung](#). Aber man muss genau hinschauen, was mit Digitalisierung gemeint ist: Infrastruktur, Umsetzung beim Staat oder in den Unternehmen? Baden-Württemberg ist zwar nicht der Hotspot für IT-Entwickler – das sind München und Berlin –, aber in der Fläche betrachtet ist der Südwesten [digitaler Vorreiter](#). Das ist der großen Bedeutung von „Hidden Champions“ im Mittelstand sowie der Rolle der Industrie geschuldet, bei denen digitale Technologien und KI integrale Bestandteile der Produkte beziehungsweise der Geschäftsmodelle sind und werden. Kein Bundesland weist derzeit so viele [KI-Anwendungen](#) wie Baden-Württemberg auf. Im Smart City Index des Internetverbands Bitkom schneiden viele Großstädte im Ländle überdurchschnittlich ab, Stuttgart etwa liegt auf dem dritten Platz. In der Kategorie „Digitale Gesellschaft“ rangiert Baden-Württemberg daher laut Bitkom (Abb. 3) im bundesdeutschen Vergleich auf Platz 3. Allerdings findet sich das Land im Gesamtranking nur noch auf [Platz 5](#). Das ist der schlechten digitalen Infrastruktur (Platz 12) und digitalen Verwaltung (Platz 9) geschuldet. Zwar ist die Ladeinfrastruktur überdurchschnittlich gut ausgebaut, doch bei der Gigabitversorgung von Unternehmen (67 %) und Schulen (62 %) schneidet das Land unterdurchschnittlich ab. Und auch beim [Glasfaserausbau](#) liegt Baden-Württemberg unter dem Länderdurchschnitt (29 %).

Abb. 3: Baden-Württemberg im Länderindex zur Digitalisierung



Quelle: Bitkom

Es ist klar, dass Anwendungen der (industriellen) KI über die Zukunft der für das Land so wichtigen [Industrie](#) mitbestimmen werden. Grundlage für erfolgreiche KI-Anwendungen sind die digitale Infrastruktur (Cloud-Lösungen, Datenzentren), geringe bürokratische Hürden (für [Start-ups](#)), günstige Energiekosten (KI-Anwendungen sind sehr energieintensiv) und attraktive Standortbedingungen für KI-Talente. Die Freiburger Start-ups Black Forest Labs und Prior Labs haben gezeigt, dass erfolgreiche Gründungen auch in Städten fernab der Metropolen Hamburg und Berlin gelingen können.

Dr. Guido Zimmermann
Senior Economist
+49 711 127-71640
Guido.Zimmermann@LBBW.de

**Digitale
Wirtschaft im
Land stark**

**Infrastruktur
und Verwaltung
schwach**

**Von Platz 4
auf Platz 5
abgerutscht**

**KI bestimmt
über Zukunft
des Landes**

Was sagt der Koalitionsvertrag zu diesem Thema?

Die Zukunft des Landes wird auf dem Feld der Digitalisierung entschieden. Die Koalition will dafür die Grundlagen mit einem forcierten Ausbau des Breitband- und Mobilfunknetzes legen. Aufbauend darauf plant sie, die IT-Infrastruktur des Landes zu verbessern. Diese Infrastruktur stellt die Basis für Entwicklungen von KI-Modellen dar, die auf Cyber-Resilienz optimiert sind und so ihrerseits für mehr Cyber-Sicherheit sorgen. Auf diesen Cyber-sicheren KI-Systemen soll die Verwaltung möglichst digital und KI-bestimmt arbeiten können (siehe Abb. 4).

Wie ist der Koalitionsvertrag zu bewerten?

Hinter all den Buzzwords und Technizismen des Digitalisierungskapitels im Koalitionsvertrag verbirgt sich eine an sich schlüssige Digitalstrategie. Allerdings muss die neue Landesregierung ihre Pläne nun auch mit Verve umsetzen. Wie bereits im Wahlprogramm der Grünen formuliert, muss Digitalisierung „Chefsache“ sein. Positiv zu bewerten ist, dass die Koalition sich das Ziel gesetzt hat, einen „BW-Stack“ – eine vertikale IT-Struktur und Betriebsplattform für das Land – zu kreieren. Darauf aufbauen soll eine BW-App für die digitalen Verwaltungsangebote sowie im besten Fall langfristig ein Datenökosystem. Positiv ist, dass die Regierung die IT-Strukturen vereinheitlichen will und die Zentralisierung von Entscheidungen vorantreibt. Grundübel der schleppenden Digitalisierung in Deutschland ist nämlich der Flickenteppich von IT-Lösungen in der öffentlichen Verwaltung. Positiv zu bewerten ist auch, dass die Koalitionäre auf hybride technische Lösungen setzen wollen – sowohl Open-Source-Anwendungen als auch Angebote großer Tech-Firmen.

Letztlich ist es ohnehin kaum möglich, die großen Tech-Konzerne zu umgehen. Ihre Lösungen von der Stange lassen sich schneller umsetzen, und man kann davon ausgehen, dass sie funktionieren. Sehr herausfordernd wird sein, bestehende Verwaltungsprozesse zu überarbeiten und zu digitalisieren. Das Nischenthema Quanten-Computing wird wichtig werden, aber nicht entscheidend. Hier werden sowieso die Lösungen großer Tech-Konzerne das Maß aller Dinge sein. Und ob europäische Anbieter wie W Social für das Land bei Social Media eine wirkliche Alternative zu US-Diensten sein können, ist noch komplett offen.

Die Digitalisierung ist gemeinsam mit der Energiewende sicher das teuerste Vorhaben. Es wird spannend sein, zu sehen, welche Digitalisierungsvorhaben bei immer knapperen Kassen wirklich realisierbar sind. Der Staat sollte sich daher auf die absoluten Grundlagen konzentrieren: Ausbau von Breitband- und Mobilfunk sowie die Digitalisierung der Verwaltung. Das Ziel, bis Ende 2029 in Baden-Württemberg eine flächendeckende Versorgung mit leistungsstarken Breitbandnetzen zu schaffen, ist ambitioniert. Aber der vor dem Abschluss des Koalitionsvertrags ausgehandelte Glasfaserpakt Baden-Württemberg dürfte durch eine engere Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und der Telekommunikationswirtschaft für bessere Rahmenbedingungen sorgen und den Ausbau beschleunigen.

Was die Verwaltungsdigitalisierung angeht, so stellt sich die Frage, wieso das Land nicht einfach nachweislich funktionierende Lösungen aus dem Ausland wie beispielsweise Estland kopiert. Das Schwierigste bei der Digitalisierung ist allerdings nie die technische Implementierung, sondern die Änderung der Verwaltungskultur und des Mindsets.

Wie bei vielen anderen Zielen der Koalition besteht auch bei der Digitalisierung das Problem, dass die Zielerreichung nicht messbar ist. Im Unterschied zu anderen Politikfeldern wie Bildung und Integration werden die Bürger bei der Digitalisierung aber sofort testen können, ob die BW-App oder andere Lösungen ihr Leben verbessern.

Ambition und Vision stimmen

Abb. 4: Struktur der Digitalisierungsvorhaben



Quelle: Koalitionsvertrag, LBBW Research

Die Vision umzusetzen, wird sehr schwer

Transformation

Industriewandel unterstützen

Die Energiewende im Land braucht deutlich mehr Tempo

Die derzeitige Situation in Baden-Württemberg lässt sich mit wenigen Zahlen beschreiben: Die Wirtschaft ist im vergangenen Jahr um 0,6 % geschrumpft, die Industrie hat im selben Zeitraum 1,8 % der Stellen abgebaut, und es gelten 1.797 Gesetze mit 52.401 Einzelnormen sowie 2.866 Rechtsverordnungen mit 44.475 Einzelnormen (auf Bundesebene, Stand Mai 2024). Das alles wird flankiert von anhaltend hohen Energiepreisen. Energie und Gesetze treffen alle Bundesländer. Aber in Baden-Württemberg liegt der Anteil der Industrie höher als in der restlichen Republik: Auf das verarbeitende Gewerbe entfallen im Südwesten 31 % der Bruttowertschöpfung (Stand 2023). Der Durchschnitt in Deutschland liegt bei 21 % und selbst in Bayern sind es nur 25 %. Energiesicherheit und -preise haben im Südwesten entsprechend eine besonders große Relevanz. Hinzu kommt, dass die Transformation im Automobilsektor dem Land schwer zu schaffen macht.

Trotz der Rahmenbedingungen mangelt es nicht am Willen der Unternehmen, zu alter Stärke zurückzukehren. In keinem anderen Bundesland stecken Unternehmen so viel Geld in Forschung und Entwicklung und beschäftigen in diesem Bereich so viele Mitarbeiter wie in Baden-Württemberg. Das Land ist ein Innovationsstandort und will es auch bleiben. Dazu gehört auch die enge Zusammenarbeit von Wirtschaft und Hochschulen. Darüber hinaus investiert die Wirtschaft im Land aber auch in außergewöhnlich großem Umfang: Nach dem coronabedingten Einbruch 2020 lagen die Ausgaben 2023 wieder bei mehr als 49 Mrd. EUR – höher als in allen anderen Bundesländern.

Allein wird die Industrie die Herausforderungen aber nicht meistern. Die Regierung muss die Rahmenbedingungen verbessern. Energie muss wieder günstiger werden. Für die Dekarbonisierung müssen grüner Strom und Wasserstoff verfügbar sein. Die notwendige Infrastruktur und die Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen sind kein bloßes Nice-to-have. Das Land hat sich zum Ziel gesetzt, die Energieversorgung bis 2040 vollständig auf Erneuerbare umzustellen. Dafür hat die Regierung Ziele für Wind- und Sonnenenergie festgelegt. Für Windenergie liegt der Zielwert bei einer installierten Leistung von 6,1 GW bis 2030 und 12,1 GW bis 2040. Derzeit sind etwa 2,2 GW installiert. 2025 haben die Kommunen 100 Anlagen mit einer Leistung von mehr als 600 MW genehmigt. Zuletzt hatte Baden-Württemberg dieses Niveau 2016 erreicht. Für Photovoltaik sind 24,6 GWp bis 2030 und 47,2 GWp bis 2040 geplant. Der aktuelle Bestand liegt bei 14,8 GWp, in den vergangenen fünf Jahren kamen etwa 7 GWp neu hinzu. Die Zahlen zeigen: Es braucht deutlich mehr Tempo bei der Umsetzung.

Doch die günstigen Preise erneuerbarer Energien müssen auch bei den Unternehmen ankommen. Die Politik muss Anreize schaffen, dass Strom dann genutzt oder gespeichert wird, wenn er günstig ist oder gar negative Preise hat. Zudem müssen Versorger und Politik an größeren Lösungen feilen, sodass nicht nur Tausende Eigenheimbesitzer Speicher in ihre Keller stellen. Größere Projekte in Stadt- oder Ortsteilen könnten hingegen eine Vielzahl von Haushalten und Unternehmen versorgen. Es fehlt die Digitalisierung des neuen Stromnetzes.

Sabrina Kremer
Senior Sustainability Analyst
+49 711 127-74451
Sabrina.Kremer@LBBW.de

Über 30% der
Wertschöpfung
aus der Industrie

Die Unternehmen
investieren,
forschen und
entwickeln

Mehr Tempo,
mehr Kreativität

Was sagt der Koalitionsvertrag zu diesem Thema?

Für eine nachhaltige Wirtschaft brauche es Technologieoffenheit, Effizienz, Innovation und Elektrifizierung, heißt es im Koalitionsvertrag. Das soll den Klimaschutz voranbringen und zugleich Wertschöpfung, Beschäftigung und industrielle Substanz sichern. So nennt der Koalitionsvertrag sowohl den hocheffizienten Verbrenner als auch abgeschwächte sektorale Emissionsziele. Gleichzeitig setzen sich die Koalitionäre zum Ziel, unabhängiger von Öl und Gas zu werden und sich stärker der Kreislaufwirtschaft zuzuwenden, um dem Ressourcenmangel zu begegnen.

Technologien mit globalem Wertschöpfungspotenzial will die neue Landesregierung strategisch priorisieren. Dazu zählen KI, Robotik, Wasserstoff, Halbleiter, Photonik sowie Fahrzeug- und Antriebstechnik. Ebenso Luft- und Raumfahrt, Sicherheits- und Verteidigungstechnologien sowie Green Tech. Ziel ist es, Arbeitsplätze zu schaffen und den Wirtschaftsstandort zukunftsfähig auszurichten. Die zentrale Klammer für die wirtschaftliche Transformation ist eine ressortübergreifende High-Tech-Strategie, gesteuert durch das Wirtschaftsministerium, allerdings koordiniert vom Staatsministerium. Die Strategie soll klar mittelstandsorientiert sein. Ein leistungsfähiges Innovationsökosystem mit Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Start-ups, Mittelstand und Industrie soll zudem schnelle marktfähige Anwendungen unterstützen.

Im Automobilsektor gilt die Elektromobilität als zentrale Zukunftstechnologie. Ergänzend sollen klimafreundliche Kraftstoffe, alternative Antriebe und Übergangstechnologien weiter möglich sein. Sie sollen den Übergang für die Industrie erleichtern. Ein Ausbau der Ladeinfrastruktur für Pkw, Busse und Lkw soll den Sektor unterstützen. Eine wichtige Rolle spielen zudem die Digitalisierung, die Vernetzung von Fahrzeugen, die Entwicklung neuer Batteriegenerationen sowie das autonome Fahren, für das die Koalitionäre Pilotregionen schaffen wollen.

Der Maschinen- und Anlagenbau gilt als industrielles Rückgrat des Landes und Schlüsselsektor der Dekarbonisierung. Er liefert Lösungen für Elektrifizierung, Wasserstoff, Speicher und CO₂-Nutzung. Die Luft- und Raumfahrttechnik positioniert Grün-Schwarz als dynamischen Innovationstreiber. Dual-Use-Technologien und ein landeseigenes Luft- und Raumfahrtprogramm spielen dabei eine zentrale Rolle.

In der Energiepolitik verweist der Koalitionsvertrag früh auf die Bundeszuständigkeit. Das Land will aber den Netzausbau beschleunigen und den Zubau erneuerbarer Energien sichern. Ergänzend setzt die Regierung in Stuttgart auf Speicher, Wasserstoff und flexible Back-up-Kraftwerke. Ein großes Effizienzpotenzial sieht die Koalition in der Sektorkopplung, die sie gezielt fördern will.

Wie ist der Koalitionsvertrag zu bewerten?

Die Koalitionäre haben die Zeichen der Zeit erkannt und benannt. Ohne einen grundlegenden Wandel, der sowohl den Menschen und als auch den Unternehmen viel abverlangen wird, verliert Baden-Württemberg seine Wirtschaftskraft. Der Blick nach vorne, mit Fokus auf Kernsektoren und Wachstumsmärkte, ist wichtig und setzt den richtigen Impuls. Gleichzeitig dürfen Innovationen nicht in Schubladen liegen bleiben oder von Genehmigungsprozessen ausgebremst werden. Die hohen Energiepreise bleiben ein Hemmschuh. Eine sinnvolle und zügige Sektorkopplung kann die richtigen Anreize schaffen, zu elektrifizieren und Strom zu nutzen, wenn er günstig ist. Auf kommunaler Ebene braucht das Konzept aber noch eine weitere Konkretisierung. Die Richtung ist gut, nun hängt alles an der Umsetzung. Die Erleichterungen im Kapitel Bürokratieabbau sowie der Fortschritt der Digitalisierung können der Transformation zusätzlich Rückenwind geben.

Schlüssel-
technologien
voranbringen

Die Zukunft des
Automobilsektors
ist digital und
elektrisch

Innovationstreiber
Luft- und Raum-
fahrttechnik

Die Ideen sind
gut, jetzt kommt
es auf die
Umsetzung an

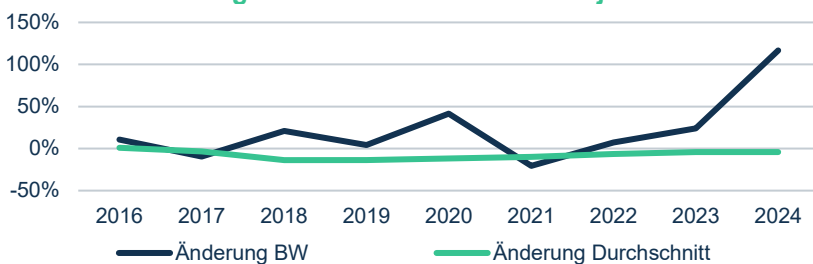
Kommunale Finanzen

Kampf den leeren Kassen

Der Stand der Dinge

Die sinkende Finanzausstattung der Länder spiegelt sich auch in den Haushalten ihrer Kommunen wider. Lange Zeit galt der Grundsatz, dass finanziell vergleichsweise starke Länder wie etwa Baden-Württemberg oder Bayern auch auf kommunaler Ebene keine Engpässe hatten. Der Konsens war, dass die finanzielle Ausstattung der Kommunen zu gut sei, um sich zu verschulden oder rote Zahlen zu schreiben. Nun zeigt sich, dass auch in Baden-Württemberg Gemeinden und Städte vermehrt auf Kassenkredite zurückgreifen müssen (siehe Abb. 5). Während Investitionskredite typischerweise Vermögenswerte finanzieren, die über Jahre Erträge oder Nutzen stiften, dienen Kassenkredite lediglich der Überbrückung laufender Zahlungsengpässe. Ihre dauerhafte Nutzung ist ein Indikator für strukturelle Haushaltsprobleme.

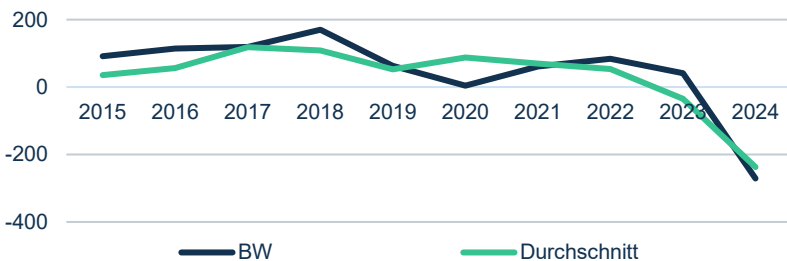
Abb. 5: Veränderung kommunale Kassenkredite je Einwohner in %



Quelle: Destatis, LBBW Research

Auf der anderen Seite zeigt sich eine bedenkliche Entwicklung in den kommunalen Finanzierungssalden im Durchschnitt aller Bundesländer. Bis 2022/2023 wiesen die Länder durchweg Überschüsse aus. Von 2023 auf 2024 ist jedoch ein Trendbruch erkennbar, da die Finanzierungssalden deutlich zurückgegangen sind (siehe Abb. 6).

Abb. 6: Kommunale Finanzierungssalden in EUR je Einwohner



Quelle: Destatis, LBBW Research

Der Trend der fallenden Finanzierungssalden wird noch durch einen weiteren Effekt verstärkt: Da Kommunen hohe Fixkosten haben, die kurzfristig kaum beeinflussbar sind – etwa bei Sozialleistungen oder im Personalbereich – sind Investitionen ein naheliegender Ansatzpunkt, um in schwierigen Zeiten Ausgaben zu reduzieren. Diese Entwicklung muss nachdenklich stimmen, da sie darauf hinweist, dass die Kommunen auch in Baden-Württemberg mittelfristig in ernste finanzielle Schwierigkeiten geraten könnten.

Torben Skopnik
Senior Investment Analyst
+49 711 127-42113
Torben.Skopnik@LBBW.de

Justus Hahner
Research Associate
Justus.Hahner@LBBW.de

Jannick Wrage
Research Associate
Jannick.Wrage@LBBW.de

Kassenkredite steigen auch im Südwesten

Finanzierungssalden sinken deutlich

Kommunale Haushalte sind kaum flexibel

Was sagt der Koalitionsvertrag zu diesem Thema?

Die Landesregierung plant laut Koalitionsvertrag, eine Kommission zur Stabilisierung der kommunalen Finanzen einzusetzen. Dieses „Zukunftsbündnis Land-Kommunen“ soll bis Ende 2026 konkrete Vorschläge erarbeiten, die in ein jährliches Entlastungsgesetz einfließen sollen.

Zentral ist auch eine stärkere Durchsetzung des Konnexitätsprinzips, um eine angemessenere Vergütung der von den Kommunen wahrzunehmenden Pflichtaufgaben sicherzustellen. Angesichts der angespannten Finanzlage der Kommunen versteht die Landesregierung das Verhältnis zu den Kommunen als Verantwortungsgemeinschaft und bekennt sich ausdrücklich dazu, dass die kommunale Finanzmasse nicht schrumpfen soll. Sie plant, sich pauschal und substanziell an den Nettobelastungen der Kommunen in der Eingliederungshilfe sowie bei Teilen der Schulbegleitung zu beteiligen. Um die Handlungsfähigkeit auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu sichern, prüfen die Koalitionäre, eine vollständig symmetrische, automatische Konjunkturkomponente im kommunalen Finanzausgleichsgesetz (FAG) einzuführen.

Um die Investitionsfähigkeit finanzschwacher Kommunen zu verbessern, will das Land in der Finanzmasse B den Ausgleichstock als eigenkapitalersetzendes Instrument stärken. Die Finanzmasse B umfasst die zweckgebundenen Finanzmittel. Parallel dazu will die Koalition im kommunalen Investitionsfonds (KIF) jene Förderprogramme ausbauen, bei denen der Abstand zwischen Bedarf und vorhandener Ausstattung besonders groß ist. Kommunale Pflichtaufgaben, die hohe laufende Kosten verursachen, will die Landesregierung teilweise gezielt adressieren.

Im kommunalen Haushaltsrecht will die Koalition den Rahmen für die Kreditaufnahme der Kommunen maßvoll erweitern, sofern zusätzliche Kredite als Eigenkapital in Versorgungswerke für Strom, Wasser und Abwasser oder Wärme mit sicherer Ertragsperspektive fließen. Bei der Genehmigung kommunaler Haushalte sollen zudem künftig nicht nur Abschreibungen auf neue Investitionen, sondern ausdrücklich auch erzielbare Einsparungen Berücksichtigung finden – etwa durch geringere Energiekosten oder einen geringeren Erhaltungsaufwand.

Eine besondere Rolle spielen kommunale Investitionen in Klimaschutz und Energiewende. Das Land will ein Finanzierungsgesetz für kommunale Klimaschutz- und Energieeffizienzmaßnahmen auflegen und den Kommunen über die Legislaturperiode hinweg insgesamt 1 Mrd. EUR („Klimamilliarde“) schnell und unbürokratisch zur Verfügung stellen. Bestehende Förderprogramme im Bereich des kommunalen Klimaschutzes sollen Teil dieses Instrumentes werden. Darüber hinaus sollen die Kommunen an den Erträgen von Windkraft- und Freiflächen-PV-Anlagen beteiligt werden. Zur Stärkung der Eigenkapitalbasis kommunaler Stadtwerke und Energieversorger will das Land Finanzierungsinstrumente wie Beteiligungskapital unterstützen.

Wie ist der Koalitionsvertrag zu bewerten?

Der Koalitionsvertrag zielt darauf ab, zusätzliche Mittel einfacher bereitzustellen und so die mittel- bis langfristige finanzielle Stabilität der Kommunen zu stärken. Die Umsetzung der Maßnahmen steht jedoch unter dem Vorbehalt, dass sich die finanzielle Lage des Landes verbessert. Gleichzeitig gibt es Hinweise auf mögliche Abstriche. Das bisherige Versprechen, zwei Drittel der für das Land vorgesehenen 13 Mrd. EUR an Bundesmitteln für den Klimaschutz an die Kommunen weiterzuleiten, findet sich im Koalitionsvertrag nicht mehr, obwohl es noch im Wahlprogramm der Grünen enthalten war. Ebenfalls nicht aufgenommen haben die Koalitionäre die höhere Beteiligung der Kommunen an Steuereinnahmen, die rückläufige Gewerbesteuermittel hätte abfedern können. Ursprünglich hatten das beide Parteien im Wahlkampf gefordert.

**Kommission
soll Lösungen
erarbeiten**

**Konjunkturkomponente
im FAG**

**Investitionen
erleichtern**

**Klimaschutz und
Energiewende**

**Grundsatz „Starke
Kommunen –
starkes Land“**

Der mühsame Weg aus dem Tal

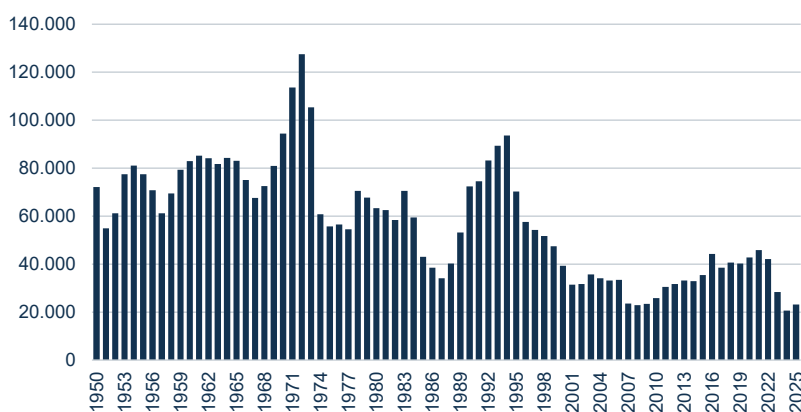
Benedikt Horwedel
Junior Analyst
Benedikt.Horwedel@LBBW.de

Wohnraum bleibt knapp

Nach Umfragen vom Jahresbeginn sehen die Wahlberechtigten in Baden-Württemberg den Themenkomplex „Wohnen und Mieten“ als eines der drängendsten Probleme im Land. Nicht nur neuerlich höhere Mieten und Häuserpreise machen den Menschen im Südwesten zu schaffen. Vielmehr stellen noch schneller steigende Baupreise – im ersten Quartal 2026 nahmen sie um 4,1 % im Vergleich zum Vorjahresquartal zu – und hohe Refinanzierungskosten häufig zusätzliche Probleme dar. Zugleich erreicht der durchschnittliche Bedarf an Wohnfläche pro Einwohner im Land jährlich neue Rekordwerte. 2024 lag er bei 49 Quadratmetern.

Allgemein macht sich ein Gefühl von Wohnungsnot breit. Im Jahr 2024 sank die Leerstandsquote in Baden-Württemberg auf 1,0 % – eine der geringsten im Bundesländervergleich. Das Problem ist seit langem bekannt: Bestehender Wohnraum ist rar, und neuer entsteht zu wenig. Auf absehbare Zeit wird sich hieran kaum etwas ändern. Nach einem längeren Erholungstrend in den 2010er-Jahren brachen die Genehmigungen für den Bau neuer Wohnungen in den zurückliegenden Jahren deutlich ein (siehe Abb. 7). Zuletzt gab es Anzeichen dafür, dass die Talsohle durchschritten ist. Auf monatlicher Basis ist eine Besserung zu erkennen. Trotzdem werden die Fertigstellungen auf Jahre hinaus nicht an die Niveaus aus der Zeit vor der Coronapandemie heranreichen.

Abb. 7: Anzahl neu genehmigter Wohnungen in BW
(nach Jahren)



Quelle: Statistisches Landesamt BW, LBBW Research

Sozialer Wohnungsbau als bisheriger Lösungsansatz

Einkommensschwächeren Haushalten könnte der soziale Wohnungsbau zugutekommen. Hier stiegen die Bewilligungen und die Fördersummen zuletzt deutlich an. Die Anzahl aller Sozialmietwohnungen bleibt jedoch auf verhältnismäßig niedrigem Niveau (siehe Abb. 8). Immerhin: Knapp 3.400 neu bewilligte Sozialwohnungen im Jahr 2025 stellen einen Anstieg um 43 % gegenüber dem Vorjahr dar. Die Fördersumme stieg um 25 % auf mehr als 800 Mio. EUR. 2026 soll sie die Marke von 1 Mrd. EUR übersteigen.

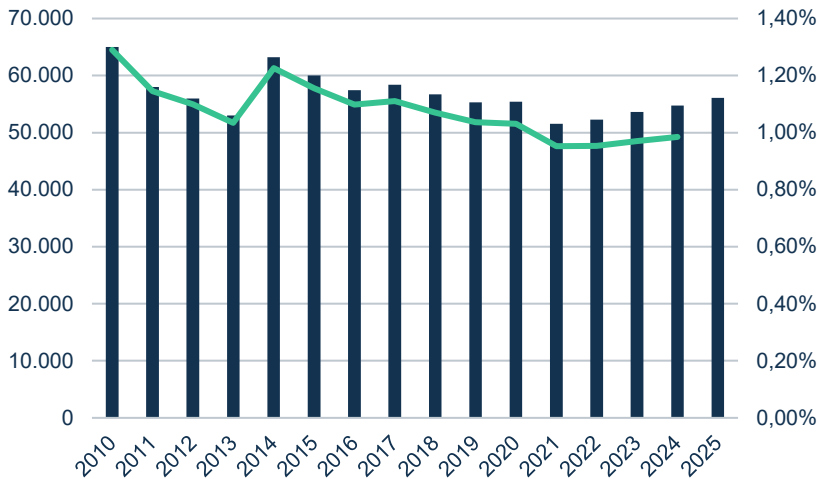
Leerstand
bei nur noch 1 %

(Zu) wenige
neu genehmigte
Wohnungen

Mehr sozialer
Wohnungsbau
geplant

Abb. 8: Sozialwohnungen in Baden-Württemberg

Anzahl (linke Skala) und Anteil (rechte Skala in % aller Wohnungen)



Quelle: Statista, Statistisches Landesamt BW, LBBW Research

Was sagt der Koalitionsvertrag zu diesem Thema?

Das Thema Wohnen nimmt ganze neun Seiten im Koalitionsvertrag ein. Ein Schwerpunkt soll in der kommenden Legislatur auf dem Bürokratieabbau liegen – auch in Bezug auf das Thema Wohnen. So soll der neue, vereinfachte Gebäudetypus „BW-Standard“ kostengünstiges Bauen und Umbauen möglich machen. Die neue Landesregierung will Prozesse entschlacken und Häuslebauern weniger Steine in den Weg legen. Auf kommunaler Ebene sollen die örtlichen Behörden mehr Kompetenz erhalten – beispielsweise durch eine bedarfsorientierte Auslegung von Stellplätzen. Zudem soll Bauen digitaler und innovativer werden.

Hinsichtlich des Ersterwerbs von Wohnraum verweisen die Koalitionäre auf Seiten der Privathaushalte vor allem auf den Bund, der speziell für diese Gruppe Anreize schaffen soll. Hier wollen sie sich „auf Bundesebene [...] dafür einsetzen“, dass die Kosten rund um Bau, Erwerb und die Vermietung von Wohnraum im Rahmen bleiben.

Wenn es um die Balance zwischen Anreizen für Investoren und dem Schutz von Mietern geht, bleiben die Aussagen vage. Insgesamt fehlen deutliche Impulse, die Geldgeber dazu bringen könnten, ihre Mittel jetzt verstärkt in Wohnraum zu stecken.

Auch der soziale Wohnungsbau soll nicht zu kurz kommen. Hier will Grün-Schwarz vor allem auf zielgerichtete Förderprogramme setzen, bestehende Programme standardisieren und deren Anzahl reduzieren. In Summe sollen die Prozesse digitaler und niederschwelliger werden.

Wie ist der Koalitionsvertrag zu bewerten?

Obwohl das Wohnkapitel des aktuellen Koalitionsvertrags nur ungefähr die Hälfte der Wörter seines Pendantes in der Vereinbarung von 2021 umfasst, gibt es einige Punkte, die durchaus Potenzial haben: Mehr Digitalisierung, eine Verschlinkung der Prozesse, ein Abbau bürokratischer Hürden und vereinfachte Bauvorschriften. Weniger konkret sind die Pläne hinsichtlich der Mittel, die dafür aufgewendet werden sollen. Die Dringlichkeit der Wohnthematik scheint bei der Politik durchaus angekommen zu sein. Abzuwarten bleibt, wie die beiden Regierungsparteien ihr Verständnis von Chancengleichheit, wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit unter einen Hut bringen. Als „großer Rundumschlag“ liest sich der Koalitionsvertrag beim Thema Wohnen zwar nicht – ein Aufschlag ist damit aber zumindest gemacht. Noch mehr Mut ist gefragt.

Anteil der Sozialwohnungen bleibt gering

Wichtige Ideen zu Bürokratie und Kompetenzen

(Zu) schwammige Aussagen zu Ersterwerb

Mehr leistbarer Wohnraum ist geplant

Zwar kein „Wow-Effekt“, aber ein Anfang

Teilhabe von Migranten stärken

Der Stand der Dinge

Deutschland hat es sich 2005 mit dem Zuwanderungsgesetz zur Aufgabe gemacht, die Integration „von rechtmäßig auf Dauer im Bundesgebiet lebenden Ausländern in das wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Leben“ zu fördern. Seither ist viel passiert. Die gleichberechtigte Teilhabe für alle bleibt aber eine zentrale Herausforderung in der Migrationsgesellschaft. Deutschlands Bevölkerung altert rasch, und in der kommenden Dekade verlassen die geburtenstarken Babyboomer-Kohorten den Arbeitsmarkt. Angesichts dessen ist es für die wirtschaftlichen Perspektiven Deutschlands von vordringlicher Bedeutung, Zugewanderte effektiv in Bildungs- und Arbeitsmärkte zu integrieren – und zwar sowohl die, die bereits zugewandert sind, als auch jene, die noch kommen werden. Das gilt für Baden-Württemberg im Besonderen: Denn im Südwesten ist der Anteil von Mitmenschen mit ausländischem Pass überdurchschnittlich hoch. Hier haben 19 % der Einwohner keinen deutschen Pass, gegenüber 16 % im Durchschnitt der deutschen Flächenländer. Unter den Flächenländern hat nur Hessen einen höheren Ausländeranteil.

Insgesamt stellen internationale Vergleiche fest, dass es in Deutschland bei der Integration von Zugewanderten Licht und Schatten gibt. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern läuft es bei uns aber nicht gut. 2024 lag die Differenz der Beschäftigungsquoten zwischen deutschen Staatsbürgern und denjenigen mit einem Pass aus einem Nicht-EU-Staat bei [fast 20 Prozentpunkten](#) – mehr als doppelt so hoch wie in der EU insgesamt (siehe Abb. 9). Häufig liegen die Gründe in bürokratischen Prozessen, nichtanerkannten Abschlüssen oder Sprachbarrieren. Allerdings ist Spanisch auch nicht viel einfacher, und trotzdem scheint die Integration in Spanien besser zu gelingen. Auch die [Integration in die schulische Ausbildung](#) bleibt eine Herausforderung. Beim PISA-Test für Erwachsene schneiden Einwanderer der ersten Generation in Deutschland im internationalen Vergleich deutlich unterdurchschnittlich ab. Es besteht akuter Handlungsbedarf, auch im Hinblick auf die nächste Generation. Sowohl das [Wahlprogramm](#) der Grünen als auch das der CDU haben einen Fokus auf Integrationsförderung versprochen. Beispielhaft dafür sind verpflichtende Maßnahmen der Sprachförderung und ein vereinfachter Zugang zum Arbeitsmarkt.

Was sagt der Koalitionsvertrag zu diesem Thema?

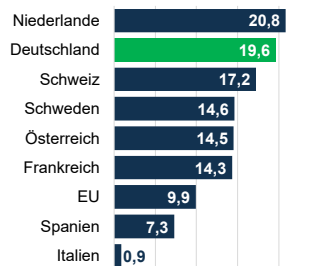
Der Koalitionsvertrag nimmt ausdrücklich Bezug auf Themen der Integration. Schon in der Präambel betonen die Koalitionäre, dass Zuwanderung einer der Hebel sei, die Verfügbarkeit von Fach- und Arbeitskräften in Baden-Württemberg sicherzustellen. Die Integration dieser Personengruppe solle die Politik der baden-württembergischen Regierung nicht nur unterstützen, sondern aktiv einfordern. Sprachförderung und „Welcome Center“ sollen die zügige Integration unterstützen, heißt es im Kapitel „Wirtschaft, Handwerk, Arbeit und Tourismus“.

Im Kapitel 8 des Koalitionsvertrages („Soziales, Gesundheit und Integration“) umreißen die beiden Parteien die Pläne näher. Erfolgreiche Integration definieren sie dort als echtes Gefühl von „Zugehörigkeit und

Dr. Moritz Kraemer
Chefvolkswirt und Leiter Research
+49 711 127-73462
Moritz.Kraemer@LBBW.de

Hoher Ausländeranteil in Baden-Württemberg

Abb. 9: Beschäftigungsquoten (2025, Unterschied zwischen jeweiligen Staatsbürgern und nicht-EU Ausländern, in Prozentpunkten)



Quelle: [Eurostat](#), LBBW Research

Verfügbarkeit von Fachkräften

Heimat“. Dessen Eintreffen sollen unter anderem folgende Maßnahmen befördern:

- Novelle des Partizipations- und Integrationsgesetzes sowie Prüfung, „ob die Verbindlichkeit zentraler Strukturelemente wie beispielsweise die Integrationsbeauftragten gestärkt werden sollte“.
- Fortführung des Paktes für Integration mit den Kommunen sowie Ausbau der Zusammenarbeit vor Ort mit Jobcentern, Sozialbehörden und der „Wirtschaft“ mit dem Ziel, die Arbeitsmarktintegration zu beschleunigen. Integrationsziele sollen verbindliche Vereinbarungen mit klaren Zielen enthalten.
- Ausbau der öffentlichen Steuerung im Bereich Matching, um die Vermittlung zwischen Betrieben und potenziellen Arbeitskräften aus dem Ausland zu verbessern.
- Die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen soll schneller vonstattengehen. Unternehmen sollen mehr Raum zur eigenverantwortlichen Bewertung von ausländischen Qualifikationen erhalten.
- Verstärkung von Deutschkursen sowie deren Ergänzung durch niedrigschwellige digitale Angebote.

Wie ist der Koalitionsvertrag zu bewerten?

Die vorgeschlagenen Initiativen, Integration zu befördern, zeigen in die richtige Richtung. Allerdings gibt es dabei zwei Wermutstropfen:

Zum einen handelt es sich in vielen Fällen um eine Fortführung bereits existierender Programme und Initiativen. Es entsteht nicht der Eindruck, dass die Koalitionäre bei dem dringlichen Thema einen Neuanfang wagen. Die Vereinbarung mutet mehr wie Kontinuität des Status quo an. Ob das Land damit zum positiven Beispiel für gelungene und progressive Integration aufsteigen kann, ist keineswegs gesichert.

Zum anderen bleiben die vereinbarten Maßnahmen im Ungefähren. Es sind mehr allgemeine Absichtserklärungen als klar umrissene Projekte mit konkreten Zielen, an denen man den Erfolg der Landesregierung in dieser Frage messen könnte. An keiner Stelle finden sich spezifische Ziele. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die Koalitionäre bei diesem Thema stark miteinander gerungen haben und das Ergebnis die Quadratur des Kreises darstellt. Ein Vergleich der Wahlprogramme der beiden Parteien lässt vermuten, dass sich die Diskussionen um das richtige Gleichgewicht zwischen Fördern und Fordern gedreht haben. Insofern sind die relativ allgemein gehaltenen Pläne des Koalitionsvertrages wohl ein kleiner gemeinsamer Nenner.

Die im Koalitionsvertrag zum Ausdruck kommenden Pläne allein werden die Integration in die baden-württembergischen Bildungssysteme oder Arbeitsmärkte nur sehr graduell verbessern.

**Ausländische
Qualifikationen
schneller
anerkennen**

**Kein Neuanfang
geplant**

Schulsystem am Limit

Der Stand der Dinge

Deutschland ist ein rohstoffarmes Land. Umso wichtiger sind Wissen und Innovation. Wohlstand muss jede Generation neu erarbeiten, dafür ist gute Bildung unverzichtbar. Die aktuellsten PISA-Ergebnisse (Abb. 10) zeigen, dass Deutschland im Vergleich mit anderen Staaten schlecht abschneidet und die Leistungen in Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften deutlich gesunken sind. Im Ländervergleich belegt Baden-Württemberg im Bildungsmonitor 2025 Rang 10 von 16 (Dynamikranking) und liegt damit im hinteren Mittelfeld. Die Gründe dafür sind vielfältig. Klar ist aber: Bildung muss zentrale Priorität des Koalitionsvertrages sein.

Die soziale Herkunft prägt in Deutschland Bildungs- und Erwerbsbiografien über Generationen. In Baden-Württemberg sind Jugendliche mit Migrationshintergrund an Haupt- und Realschulen über- und an Gymnasien unterrepräsentiert. Vor allem in Großstädten hat sich in den vergangenen Jahren ein deutlicher Anstieg von Schülern mit Einwanderungshintergrund gezeigt. Eines der Kernprobleme ist dabei, dass viele Schülerinnen und Schüler keine oder nur sehr unzureichende deutsche Sprachkenntnisse besitzen. Grundlage für gelingende Bildung sind aber gute Sprachkenntnisse von Anfang an. Andernfalls entstehen sehr große Leistungsunterschiede innerhalb der Klassen. Zudem zeigen sich auch soziale Herausforderungen für neu zugewanderte Schüler, da ihnen oftmals der Anschluss an die Klassengemeinschaft in einer Regelklasse fehlt.

Zugleich geben immer mehr Lehrkräfte den Beruf auf – trotz steigenden Bedarfs. Bis 2023 hat sich die Zahl der Kündigungen im Land innerhalb von zehn Jahren mehr als verdreifacht. Überlastung, Personalmangel, ein schwieriger Schulalltag sowie die häufig wechselnde Bildungspolitik sind zentrale Gründe (Abb. 11). In der Schulpolitik mehr Kontinuität zu etablieren, seltener umzusteuern und das aufgeblähte Schulsystem abzubauen, wäre von großer Bedeutung. Hinzu kommt, dass vielen Lehrkräften im Alltag Durchgriffsrechte fehlen, um bei Fehlverhalten Grenzen konsequent durchzusetzen oder dem steigenden Fernbleiben vom Unterricht entgegenzuwirken. Erschwerend wirkt die oft unzureichende Kooperation mit Eltern. Gleichzeitig herrscht in der Schule und in deren Umfeld zunehmende Ressourcenknappheit. Neben Lehrkräften fehlen auch ausreichende Angebote von unterstützenden Einrichtungen wie Jugendamt und Polizei. Lehrkräfte bleiben mit komplexen sozialen und familiären Problemen vielfach allein. Hier müsste die Politik dringend nachschärfen: Der Ressourcenmangel betrifft nicht nur Lehrkräfte, sondern auch wichtige unterstützende Einrichtungen des Schulsystems. Vor diesem Hintergrund stellt sich zudem die entscheidende Frage nach der Größe der Klassen, denn zu große Klassen verschärfen die Probleme. Eine wichtige Aufgabe läge mithin darin, den sogenannten Klassenteiler, der die Maximalgröße einer Klasse festlegt, zu senken.

Schließlich erschwert es das starre Schulsystem, neue Themen wie KI zeitnah aufzugreifen. Zwar bringen viele Schüler eine hohe Affinität zu digitalen Themen mit, sie bleibt aber meist auf Anwenderwissen beschränkt. Dort muss Bildung ansetzen und technisches Verständnis sowie kritisches Nutzungsverhalten fördern. Voraussetzung dafür wäre allerdings, die Lehrerschaft entsprechend fortzubilden.

Sarah Lenz
Investment Analystin
+49 711 127-41991
Sarah.Lenz@LBBW.de

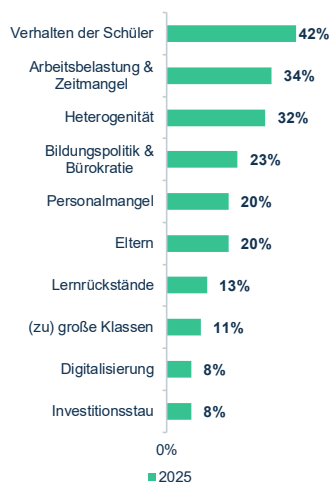
Tobias Willems
Investment Analyst
+49 711 127-78407
Tobias.Willems@LBBW.de

Abb. 10: Deutschland: Position beim Pisa-Test, 2000-2022



Quelle: OECD. Jeweils in Bezug auf die 28 Staaten, die seit Beginn der Untersuchungen kontinuierlich teilgenommen haben.

Abb. 11: Herausforderungen der Lehrkräfte



Quelle: Deutsches Schulbarometer 2025: Robert Bosch Stiftung, LBBW Research

Was sagt der Koalitionsvertrag zu diesem Thema?

Das Kapitel „Bildung, Jugend und Sport“ des Koalitionsvertrages steht unter der Überschrift: „Gute Bildung und beste Chancen für alle“. Um Bildungschancen gerechter zu verteilen, wollen die Koalitionäre Fördermaßnahmen (teils in Abhängigkeit des Sozialindex), die Ganztagsbetreuung an Grundschulen und die frühkindliche Bildung in der Kita ausbauen.

Ein besonderer Fokus liegt auf Kindern mit Migrationshintergrund. Ein verbindliches, kostenfreies letztes Kindergartenjahr soll dabei helfen, fehlende Sprachkenntnisse und Entwicklungsdefizite auszugleichen. Lernstandserhebungen sowie eine Lernverlaufdiagnostik sollen es ermöglichen, extreme Leistungsunterschiede früh zu erkennen und durch gezielte Förderung auszugleichen. Zudem will die neue Regierung multiprofessionelle Teams an Schulen anhand des Sozialindex ausbauen, um Kinder individuell zu fördern und Lehrkräfte zu unterstützen.

Um die Lage der Lehrkräfte zu verbessern, will Grün-Schwarz bestehende Konzepte gegen die wachsende Gewalt an Schulen umsetzen und weiterentwickeln. Lehrkräfte sollen so im Umgang mit schwierigem Schülerverhalten besser unterstützt werden. Für Schulen ist eine landesweit einheitliche Regelung geplant, die die private Nutzung digitaler mobiler Endgeräte unterbindet. Zur Prävention von Schulabsentismus wollen die Koalitionäre ein Landeskonzept erarbeiten lassen. Mehr Elternbildung und eine stärkere Erziehungspartnerschaft sollen für eine bessere Zusammenarbeit mit Eltern in allen Bildungsabschnitten sorgen. Schulpolitisch setzt die Koalition auf Kontinuität: Es soll keine Schulstrukturdebatte geben, das gegliederte Schulsystem und die Grundschulpflicht „2 aus 3“ bleiben bestehen. Angesichts knapper Ressourcen haben sich die Koalitionäre zu Beginn der Legislaturperiode eine Bestandsaufnahme vorgenommen. Unabhängig davon wollen sie die Maßnahmen zur Lehrkräftegewinnung fortsetzen, die sozialindexbasierte Ressourcenzuweisung weiterentwickeln und das Kita-Personal aufstocken. Zudem könnte der Modellversuch Schulverwaltungsassistenz in der Fläche ausgerollt werden, um Schulleitungen von Verwaltungsaufgaben zu entlasten.

Mit Blick auf neue Themen wie Künstliche Intelligenz werden Informatik und Medienbildung als Fach an allen weiterführenden Schulen verankert. Eine KI-Agenda soll alle schulischen Themen zu KI umfassen. Dazu soll auch die Lehrerschaft gezielt fortgebildet werden.

Wie ist der Koalitionsvertrag zu bewerten?

Der Koalitionsvertrag enthält im Bildungsbereich einige Ansätze, die zu mehr Chancengerechtigkeit beitragen können. Positiv hervorzuheben ist das verpflichtende letzte Kindergartenjahr, das sprachliche und entwicklungsstechnische Defizite frühzeitig ausgleichen und so einen faireren Start in die Grundschule ermöglichen soll. Ebenfalls begrüßenswert ist der Ausbau der Ganztagsbetreuung, der soziale Unterschiede weiter abmildern kann. Ergänzend dazu stellt die geplante Ressourcenverteilung in Abhängigkeit eines Sozialindex einen wichtigen Schritt dar, um Bildungseinrichtungen in sozial schwächeren Gebieten gezielt zu unterstützen. Allerdings gibt es auch einige kritische Punkte. So fehlt es insgesamt an konkreten Maßnahmen und klar benannten finanziellen Budgets. Das zeigt sich beispielsweise beim fehlenden Durchgriffsrecht in der Schule, wo der Koalitionsvertrag keine konkrete Lösung formuliert, sondern nur auf bestehende Konzepte verweist. Beim Ausbau der Ganztagsbetreuung kann das weiterhin bestehende Wahlrecht der Eltern dazu führen, dass soziale Schichten an bestimmten Schulen konzentriert bleiben. Auffällig ist zudem, dass die Frage des Klassenteilers keine Erwähnung findet, obwohl eine Verkleinerung der Klassen viele Probleme im Schulalltag abmildern könnte. Insgesamt enthält der Koalitionsvertrag sinnvolle Ansätze, bleibt in zentralen strukturellen Fragen jedoch eher vage.

Verbindliches,
kostenfreies
letztes
Kindergartenjahr

Keine Schul-
strukturdebatte

Ansätze zu
mehr Chancen-
gerechtigkeit

Maßnahmen
teilweise wenig
konkret

Start-up-Förderung

Käpsele nach vorne bringen

Der Stand der Dinge

Dass erfolgreiche Gründungen die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der heimischen Wirtschaft stärken, ist unbestritten. Gerade in Zeiten des Strukturwandels, wie wir ihn aktuell erleben, ist das Nachwachsen neuer Firmen und Ideen entscheidend. Alte Wirtschaftszweige verlieren an Bedeutung oder wandeln sich grundlegend. Deutschland und vor allem Baden-Württemberg müssen aufpassen, dabei nicht vom internationalen Wettbewerb abgehängt zu werden. Nach etlichen Jahren mit sehr wenigen Gründungen sind in Deutschland zwar im Jahr 2025 wieder mehr junge Unternehmen entstanden, wie aktuelle Zahlen des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) zeigen. Trotzdem ist die Entwicklung kein Selbstläufer, und die Politik ist gefragt, die Rahmenbedingungen so anzupassen, dass sich der Trend verstetigt.

Dabei stehen nicht nur schnell wachsende, innovative Start-ups im Fokus, sondern ebenso die den Lebensunterhalt sichernden Existenzgründungen, etwa von Handwerksbetrieben. Gerade im forschungsstarken Südwesten spielen zudem Ausgründungen von Hochschulen oder Unternehmen eine wichtige Rolle und tragen zu Wachstum und Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft bei. Ein DIHK-Report zu Unternehmensgründungen verdeutlicht, dass die Bedingungen immer noch nicht einfach sind – erst recht in Baden-Württemberg. Während die [Zufriedenheit mit dem Standort](#) im bundesweiten Durchschnitt immerhin 43 % beträgt, liegt sie im Südwesten nur bei 36 %.

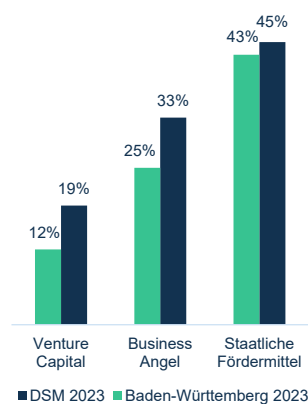
Als die beiden größten Hemmnisse im Gründungsprozess werden in Umfragen ganz klar die Bürokratie und der Zugang zu Wagniskapital genannt. Beides hat einen negativen Einfluss auf die Qualität und Zahl von Gründungen in dem Bundesland, das historisch gesehen vom industriellen Mittelstand und erfolgreichem Unternehmertum geprägt ist. Dabei ist Baden-Württemberg gut aufgestellt, wenn es um die Förderung von Gründungen geht – finanziell wie auch beratungstechnisch. Besonders vor der Gründung und in der entscheidenden Frühphase bietet das Land über die L-Bank Unterstützung durch vergünstigte Kredite, Bürgschaften und ein umfassendes Beratungsangebot an. Ein prominenter Kritikpunkt dabei lautet allerdings: Die vielen verschiedenen Programme sind schwer zu durchblicken, Anträge kosten viel Zeit und bringen hohe Anforderungen mit sich, die gerade kleine Start-ups vor personelle Engpässe stellen. Auch eine komplizierte Besteuerung, Steuervorauszahlungen und eine schwache digitale Infrastruktur stehen in Umfragen stets weit oben auf der Liste der Kritikpunkte. Zusätzlich bremsen die gesamtwirtschaftlich trüben Aussichten und eine hohe Unsicherheit Gründungen und steigern die Attraktivität von Festanstellungen.

Es gibt allerdings auch positive Entwicklungen, die es zu stärken gilt: Die Frühphasenfinanzierung von KI-Start-ups hat sich – vor allem durch privates Wagniskapital – in den vergangenen Jahren stark verbessert. Das verdankt sich wohl nicht zuletzt dem allgemeinen Hype um die Technologie. KI spielt auch im Hintergrund eine immer wichtigere Rolle, etwa im Gründungsprozess und bei Planungs- und administrativen Aufgaben. Gründer können dadurch effizienter arbeiten und sich zum Teil Kosten für externe Agenturen sparen.

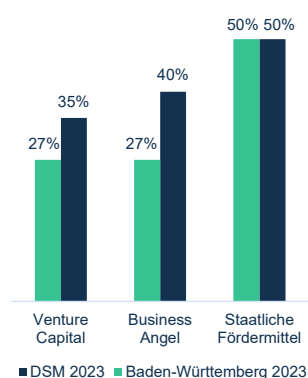
Clemens Freigang
Research Associate
Clemens.Freigang@LBBW.de

Start-ups sind Innovationstreiber

Abb. 12: Start-up-Finanzierung: erhaltene vs. ...



... bevorzugte Finanzierung



Quelle: Deutscher Startup Monitor (DSM), LBBW Research

Was sagt der Koalitionsvertrag zu diesem Thema?

Koalitionsverträge stecken voller Absichtserklärungen, sind naturgemäß ambitioniert und sparen nicht an Superlativen. So wollen Grüne und CDU Baden-Württemberg denn auch „zu einer der führenden Gründerregionen Europas“ machen. Beim Lesen des Koalitionsvertrags fällt auf, dass sich die Gründungsthematik durch mehrere Themenfelder zieht und vor allem der wirtschaftspolitische Teil stark auf Innovation und Start-ups ausgerichtet ist. Er ist dabei zweigleisig unterwegs:

So kündigen die Koalitionäre unter anderem digitale und schnellere Verfahren an. Außerdem eine Entlastung von Berichtspflichten in den ersten zwei Jahren, Unterstützung bei der Betriebsnachfolge sowie den Einsatz auf Bundesebene dafür, die Hürden für die Investition von privatem Wagniskapital zu reduzieren. Außerdem wollen die Koalitionäre den „Förderdschungel“ lichten und eine zentrale Plattform mit standardisierten Programmen schaffen. Besonders erwähnenswert ist die Ankündigung eines „Zukunftsfonds BaWü“, der privates Kapital durch Einsatz von öffentlichen Mitteln hebeln soll und damit die oben aufgezeigte Finanzierungslücke (siehe Abb. 12) in Angriff nimmt.

Zum anderen wollen die Koalitionäre Start-ups besser in die bestehenden oder neu aufzubauenden Innovationsökosysteme integrieren, um die jungen Unternehmen stärker mit Mittelstand, Forschung und Hochschulen sowie Industrie zu vernetzen. In diesem Zusammenhang spricht der Vertrag von einer „Green-Tech-Allianz“ sowie einer „High-Tech-Strategie“. Forschung soll schneller in marktfähige Anwendungen übergehen. Den Zusammenhang zwischen Gründungen, Innovation, Wachstum und Wohlstand erwähnen die beiden Parteien ausdrücklich. Das Thema Existenzgründung kommt hingegen nur am Rande zur Sprache.

Wie ist der Koalitionsvertrag zu bewerten?

Die künftigen Koalitionäre nehmen das Thema Gründungsförderung durchaus ernst. Der entsprechende Text ist aber eine Mischung aus groben Absichtserklärungen und einigen wenigen konkreten Maßnahmen. Bürokratieabbau und Digitalisierung der Verwaltung kommen natürlich immer gut an und beschränken sich nicht nur auf Start-ups oder Gründungen. Netzwerke zwischen den verschiedenen Akteuren auf- und auszubauen ist ein eher vages Ziel und schwer messbar.

Konkreter wird es bei dem Versprechen, die öffentlichen Förderstrukturen zu vereinfachen und den Fokus auf wenige, bereits existierende Programme zu lenken, die sich zudem „auf messbare Erfolge“ konzentrieren sollen – in welcher Form auch immer. Das trägt einem Kritikpunkt aus Umfragen Rechnung. Erwähnenswert ist die Schaffung des „Zukunftsfonds“, da der mittelfristig einen entscheidenden Nachteil Deutschlands gegenüber beispielsweise dem Silicon Valley adressiert: Wagniskapital ist hierzulande mit hohen Hürden verbunden und fließt zu spärlich. Um das grundlegend zu ändern, müsste sich zwar die Gesetzgebung auf Bundesebene ändern, aber die Idee, mit dem Fonds privates Kapital zu mobilisieren und es eben nicht in die USA abwandern zu lassen, ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Natürlich wird alles davon abhängen, wie effektiv die neue Landesregierung die geplanten Maßnahmen konkret ausformuliert und vor allem umsetzt. Vor allem Start-ups behandelt der Koalitionsvertrag ausführlicher, und die enthaltenen Absichtserklärungen können dazu beitragen, die Gründungstätigkeit wieder anzukurbeln, um auch langfristig die Innovationskraft des Standorts Baden-Württemberg zu erhalten. Da die avisierten Projekte aber unter Finanzierungsvorbehalt stehen, ist eine gewisse Skepsis angebracht.

„Eine der
führenden
Gründerregionen
Europas“

Privates
Wagniskapital
mobilisieren

Ankündigungen
bleiben vage

Ein Schritt in die
richtige Richtung

Der Fokus liegt auf der Wirtschaft

Der Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung ist unter schwierigen Bedingungen entstanden: der Wahlkampf war hart und im Endergebnis fanden sich die beiden Koalitionäre Bündnis 90/Die Grünen und CDU in einer Pattsituation wieder. Der Vertrag musste also vertrauensbildend wirken. Gleichzeitig muss diese Vereinbarung die großen strukturellen Probleme des Landes adressieren. Und sie hat eine große machtpolitische Bedeutung für die Bundesebene, da sie der CDU/CSU eine Alternative zum jetzigen Koalitionspartner SPD aufzeigt.

Die absolute Priorität der neuen Landesregierung gilt der Wirtschaft. Das für die Grünen wichtige Thema Klima läuft zwar nicht „unter ferner liefen“, hat aber angesichts der Verwerfungen am Arbeitsmarkt und in der Industrie merklich an Bedeutung verloren.

Von großer Bedeutung angesichts des starken Stellenabbaus im Land ist, dass die Regierung sich darauf konzentrieren will, die Weichen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu stellen und nicht den Fokus auf den Erhalt der bestehenden setzt. Den Verbrennermotor bezeichnen die Koalitionäre entsprechend nur noch als „Übergangstechnologie“. Die Koalition versucht, auf das Thema Innovation zu setzen und sich dem unaufhaltsamen Strukturwandel nicht entgegenzustemmen, sondern ihn einerseits sozial abzufedern, andererseits mitzugestalten.

Für den Strukturwandel sind neue Unternehmen essenziell. Der Abbau von Hürden zur Gründung von Start-ups ist daher dringend geboten. Die Zufriedenheit der Gründer mit dem Standort ist im Bundesländervergleich unterdurchschnittlich. Die bürokratischen Hemmnisse bei der Gründung tragen dazu maßgeblich bei.

Extrem wichtig ist den Koalitionären der Bürokratieabbau. Der ambitionierteste Plan des Koalitionsvertrages ist sicher, gleich zu Beginn der Legislatur ein sogenanntes Effizienzgesetz einzuführen. Es besagt, dass alle Berichts- und Dokumentationspflichten der Unternehmen zum 31. Dezember 2027 automatisch auslaufen sollen. Damit führt Grün-Schwarz quasi eine Umkehr der Beweislast ein: Sollen diese Pflichten länger laufen, müssen sie neu beschlossen werden. Dieses Gesetz sollte nach Auffassung des designierten Ministerpräsidenten Cem Özdemir Vorbild auch für den Bund sein.

Auf Rang zwei der Prioritätenliste rangiert für die Koalition das eng mit dem Bürokratieabbau verknüpfte Thema Digitalisierung. Baden-Württemberg liegt im Bundesländervergleich bei der digitalen Verwaltung und der digitalen Infrastruktur eher auf den hinteren Plätzen, ist aber vorne dabei, wenn es um die digitale Aufstellung der ansässigen Unternehmen geht. Das Land muss die Digitalisierung auf seiner Seite daher mit Verve vorantreiben. Die Pläne der künftigen Landesregierung lesen sich schlüssig und ambitioniert. Alle nötigen Schlagworte sind vorhanden – es könnte sogar sein, dass die Koalition sich zu viel vorgenommen hat. Sie sollte sich nicht in einer Vielzahl von Projekten verzetteln, sondern sich darauf fokussieren, zentrale öffentliche Güter bereitzustellen.

In der Migrationspolitik legt der Koalitionsvertrag den Fokus eher auf Fordern als auf ein Fördern von Neuzuwanderern. Die Koalition will zwar die Zuwanderung von Fachkräften fördern, die Zuwanderung „in die Sozialsysteme“ aber verhindern. Abschiebungen sollen leichter werden.

Dr. Guido Zimmermann
Senior Economist
+49 711 127-71640
Guido.Zimmermann@LBBW.de

**Koalitionsvertrag
strahlt auf den
Bund aus**

**Transformation
statt Nostalgie**

**Glanzstück
Effizienzgesetz**

**Bei
Digitalisierung
nicht verzetteln**

**Eine härtere
Migrationspolitik**

Wie die dringend notwendige Integration der Zugewanderten, die bleiben dürfen, verbessert werden soll, bleibt im Ungefähren. Papier ist geduldig. Leider fehlen in dem Koalitionsvertrag generell konkrete Benchmarks und Ziele, anhand derer man die Koalition messen könnte.

Eng mit dem Thema Integration zusammen hängt das Thema Wohnen. Denn der Wohnraum bleibt auf absehbare Zeit knapp. Insbesondere bleibt die Anzahl von Sozialwohnungen gering. Der soziale Wohnungsbau soll daher nicht zu kurz kommen. Hier will Grün-Schwarz vor allem auf zielgerichtete Förderprogramme setzen, bestehende Programme standardisieren und deren Anzahl reduzieren. Als großer Rundumschlag liest sich der Koalitionsvertrag beim Thema Wohnen zwar nicht – ein Aufschlag ist damit aber zumindest gemacht.

Auch zwischen Integration und dem Bereich Bildung besteht ein Zusammenhang. Unter den letzten beiden Landesregierungen hat Baden-Württemberg im Bundesländervergleich bei den PISA-Studien deutlich Terrain verloren. In Baden-Württemberg wird – auch in wirtschaftlicher Hinsicht – entscheidend sein, wie zunehmend durch vielfältige Migrationshintergründe und mangelnde Deutschkenntnisse geprägte Schulen allen Kindern faire Bildungschancen bieten und für eine gelingende berufliche Zukunft vorbereiten können. Ein besonderer Fokus liegt auf Kindern mit Migrationshintergrund. Ein verbindliches, kostenfreies letztes Kindergartenjahr soll dabei helfen, fehlende Sprachkenntnisse und Entwicklungsdefizite auszugleichen. Erfolge der Maßnahmen bei Integration und Bildung werden erst in einigen Jahren zu sehen sein.

Digitalisierung ist sehr teuer, genauso wie die Energiewende. Alle Ziele des Koalitionsvertrags stehen unter dem Damoklesschwert einer immer schwieriger werdenden Haushaltsslage auch auf kommunaler Ebene. Viele Pläne könnten am Geldmangel scheitern. „Erst wenn es wieder finanzielle Spielräume gibt, können ausgewählte Maßnahmen – eventuell in Stufen – umgesetzt werden“, schreiben die Koalitionäre ganz am Ende ihrer 166-seitigen Vereinbarung. Es bleibt also abzuwarten, was die Landesregierung letztlich wirklich umzusetzen vermag.

Mehr Sozialwohnungen

Verpflichtendes letztes Jahr im Kindergarten

Alles unter Haushaltsvorbehalt

Disclaimer

Diese Publikation richtet sich ausschließlich an Empfänger in der EU, Schweiz und Liechtenstein.

Diese Publikation wird von der LBBW nicht an Personen in den USA vertrieben und die LBBW beabsichtigt nicht, Personen in den USA anzusprechen.

Aufsichtsbehörden der LBBW: Europäische Zentralbank (EZB), Sonnemannstraße 22, 60314 Frankfurt am Main und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn / Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt.

Diese Publikation beruht auf von uns nicht überprüfbaren, allgemein zugänglichen Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit und Vollständigkeit wir jedoch keine Gewähr übernehmen können. Sie gibt unsere unverbindliche Auffassung über den Markt und die Produkte zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wieder, ungeachtet etwaiger Eigenbestände in diesen Produkten. Diese Publikation ersetzt nicht die persönliche Beratung. Sie dient nur zu Informationszwecken und gilt nicht als Angebot oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf. Für weitere zeitnähere Informationen über konkrete Anlagemöglichkeiten und zum Zwecke einer individuellen Anlageberatung wenden Sie sich bitte an Ihren Anlageberater.

Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Wir behalten uns des Weiteren vor, ohne weitere Vorankündigung Aktualisierungen dieser Information nicht vorzunehmen oder völlig einzustellen.

Die in dieser Ausarbeitung abgebildeten oder beschriebenen früheren Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen stellen keinen verlässlichen Indikator für die künftige Wertentwicklung dar.

Die Entgegennahme von Research Dienstleistungen durch ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen kann aufsichtsrechtlich als Zuwendung qualifiziert werden. In diesen Fällen geht die LBBW davon aus, dass die Zuwendung dazu bestimmt ist, die Qualität der jeweiligen Dienstleistung für den Kunden des Zuwendungsempfängers zu verbessern.